

Ressort: Finanzen

Umfrage: Deutsche Wirtschaft erwartet massiven Dämpfer durch Brexit

Berlin, 09.10.2016, 16:10 Uhr

GDN - Die deutschen Unternehmen erwarten als Folge des britischen Votums für einen EU-Austritt einen deutlichen Dämpfer für die Handelsbeziehungen mit Großbritannien. Das geht aus einer Umfrage unter rund 5.600 Firmen durch den Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hervor, über die die "Welt" berichtet.

Erste Auswirkungen der Entscheidung der Briten sind demnach bereits spürbar, obwohl der Fahrplan für einen Brexit noch gar nicht steht. "Schon heute belastet das Thema Brexit die deutsche Wirtschaft. Angesichts des Verfalls des britischen Pfundes werden deutsche Produkte im Königreich erheblich teurer, unser Exportwachstum nach Großbritannien wird auch deshalb in diesem Jahr unter die Nulllinie zurückfallen", sagte DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben der Zeitung. Zwei Drittel der befragten Unternehmen rechnen während der voraussichtlich zweijährigen Verhandlungsphase zumindest noch mit einem konstanten bilateralen Handel. Nach einem vollzogenen Austritt aus der EU erwartet jedoch mittelfristig rund die Hälfte der Unternehmen sinkende Ausfuhren und einen Rückgang der Importe aus dem Vereinigten Königreich. Der DIHK rechnet konkret mit einem Rückgang der deutschen Exporte ins Vereinigte Königreich von einem Prozent im Jahr 2016 und von fünf Prozent im Jahr darauf. Laut DIHK sinkt bei deutschen Unternehmen schon jetzt die Bereitschaft, in Großbritannien zu investieren. Anders als bei ihren Ein- und Ausfuhren würden die Unternehmen bei Investitionsentscheidungen bereits jetzt reagieren, fasst der Verband das Ergebnis der Umfrage zusammen. "Immerhin sechs von zehn Unternehmen würden ihre Investitionen auf der Insel im Fall eines EU-Austritts herunterfahren", so Wansleben. Bis klar sei, wie der Brexit vollzogen werde und welchen Status Großbritannien anschließend habe, sei das Land "als Investitionsstandort für ausländische Unternehmen unattraktiv". Mit Vollzug des EU-Austritts befürchten die meisten deutschen Unternehmen den Angaben zufolge neue sogenannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse. Dazu zählt beispielsweise die Vorlage von Bescheinigungen und Dokumenten beim Handelsaustausch aufgrund unterschiedlicher rechtlicher Vorgaben in Großbritannien und den EU-Mitgliedstaaten. 73 Prozent der von den Kammern befragten Unternehmen erwarteten mehr Bürokratie, weil zum Beispiel vereinheitlichte Ursprungsregeln nicht mehr gelten. Unterschiede in der Rechtssetzung könnten ebenfalls zu höheren Kosten und Lieferverzögerungen führen. 71 Prozent der Befragten erwarten demnach eine Zunahme politischer und rechtlicher Unsicherheit, 68 Prozent stellten sich auf tarifäre Handelshürden ein, zum Beispiel auf steigende Zölle. Fast ein Viertel sehe ein grundsätzliches und EU-weites Problem auf die Wirtschaft zukommen und gehe davon aus, dass sich im Zuge eines Brexit das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union (EU) für mehrere Jahre verlangsamt.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-79205/umfrage-deutsche-wirtschaft-erwartet-massiven-daempfer-durch-brexit.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com